



Neues aus der Ratsstube – 25. November 2025

Anpassung der Gebühren MZH Ilge per 1. Januar 2026

Der Gemeinderat hat mit der Eröffnung der Mehrzweckhalle Ilge im Jahr 2004 die Benützung und auch die Gebühren für die neue Mehrzweckhalle Ilge geregelt. Die Benützungs- und Mietgebühren wurden bewusst tief gehalten, da viele Vereine für die Jugend- und Vereinsräume Geld gesammelt oder Frondienst geleistet haben. Auf den 1. Januar 2011 wurden die Gebühren einmalig rund 20% erhöht. Per 1. Januar 2026 werden die Gebühren um rund 20% erhöht.

Weiterführung der Stelle Schulsozialarbeit für das Jahr 2026

Nach den Frühlingsferien 2025 hat Petra Herger aus Sattel die Arbeit als Schulsozialarbeiterin an der Primarschule Illgau aufgenommen. Die Schulsozialarbeit ist ein schulergänzendes Angebot und bietet Unterstützung in sozialen und psychosozial herausfordernden Situationen. Das Angebot besteht für die Schüler, die Lehrpersonen und auch für die Eltern. Die Stelle wurde auch für das Jahr 2026 bewilligt.

Anstellung Aushilfe an der Abfallsammelstelle ab 1. Dezember 2025

Per 1. Dezember 2025 wurde Lilian Dober als Aushilfe in der Abfallsammelstelle angestellt.

Teilrevision; Vollzugsordnung zum Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz; Vernehmlassung

Bei der Vorlage werden keine tiefgreifenden Änderungen der Zuständigkeiten der Gemeinden vorgenommen. Die Zuständigkeiten haben bereits bestanden. Bei den Anpassungen handelt es sich hauptsächlich um Konkretisierungen und Klarstellungen. Aus diesem Grund verzichtet der Gemeinderat auf eine Stellungnahme.

Teilrevision des kantonalen Gesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylwesen; Vernehmlassung

Beabsichtigt wird, die Statistik über den Verteilschlüssel der zugewiesenen Asylbewerber der Gemeinden täglich zu veröffentlichen anstatt wie bisher wöchentlich. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass eine wöchentliche Publikation ausreicht und nicht im Gesetz verankert werden soll. Zudem möchte man eine Bezahlkarte einführen für Asylbewerber und dies ebenfalls ins Gesetz aufnehmen. Der Gemeinderat befürwortet klare Rahmenbedingungen und stimmt dem Vorliegen zu solange keine Pflicht besteht für die Gemeinden.